

**Beschlussvorlage der Verwaltung**

Gremium	Sitzung am	Beratung
<b>Integrationsrat</b>	25.03.2020	öffentlich
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	22.04.2020	öffentlich
<b>Sozial- und Gesundheitsausschuss</b>	28.04.2020	öffentlich
<b>Schul- u. Sportausschuss</b>	28.04.2020	öffentlich

<b>Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)</b>	
<b>Priorisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen des Bielefelder Handlungskonzepts gegen Rassismus und Rechtsextremismus</b>	
<b>Betroffene Produktgruppe</b> 11.01.27	
<b>Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen</b> Keine Auswirkungen	
<b>Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan</b> Keine Auswirkungen	
<b>Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)</b> IR 30.10.2019, JHA 20.11.2019, SGA u. Schul- u. SportA 26.11.2020, HWBetA 05.12.2019, Drucksachennummer: 9507/2014-2020	
<b>Beschlussvorschlag:</b> Der Integrationsrat empfiehlt, der Jugendhilfeausschuss, der Sozial- und Gesundheitsausschuss und der Schul- und Sportausschuss beschließen die Umsetzung der priorisierten Maßnahmen Nr. 6 aus dem Handlungsfeld <i>Politische Bildung</i> , Nr. 2 aus dem Handlungsfeld <i>Arbeitswelt</i> , Nr. 3 aus dem Handlungsfeld <i>Stadtteile</i> , Nr. 4 aus dem Handlungsfeld <i>Politische Bildung</i> des Bielefelder Handlungskonzepts gegen Rassismus und Rechtsextremismus wie in der Anlage ausgeführt (siehe Anlage).	
<b>Begründung:</b> Das Bielefelder Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus wurde am 05.12.2019 verabschiedet und die Verwaltung beauftragt, die im Konzept genannten Maßnahmen zu konkretisieren, zu priorisieren und einen Umsetzungsvorschlag vorzulegen.  Der Steuerungskreis des Projekts „NRWeltoffen“ hat am 30.01.2020 vier der im Konzept genannten Maßnahmen aus den Handlungsfeldern Politische Bildung, Arbeitswelt und Stadtteile für die Priorisierung und Konkretisierung vorgeschlagen. Die Priorisierung der Maßnahmen stützt sich auf bereits bestehende Strukturen und Netzwerke, sowie auf inhaltliche und operative Schnittstellen und potenzielle Synergien zwischen städtischen und nichtstädtischen Einrichtungen.	
<b>Oberbürgermeister</b>	Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

## Umsetzung der priorisierten Maßnahmenvorschläge des Bielefelder Handlungskonzepts gegen Rassismus und Rechtsextremismus

### 1. Maßnahme Nr. 6 aus dem Handlungsfeld *Politische Bildung*:

*„Es werden modulare Empowerment-Seminare und Workshops zum Thema Selbstreflexion für Multiplikator\*innen aus den Bielefelder Migrantenorganisationen angeboten, die unter anderem die Themen Rassismus und Rechtsextremismus behandeln und sichtbar machen.“*

Im Fokus der geplanten Workshops sollen folgende Themen sowie Fragen im Einzelnen vertieft bearbeitet werden:

- (Alltags)Rassismus und die eigene Rolle als Diskriminierte/r, /Betroffene/r und Diskriminierende/r) – Hierbei werden interaktive Workshop-Formate mit Selbstreflexionselementen vorgeschlagen, die auf der Methode Anti-Bias und Soziale Inklusion basieren.
- Diversität Pluralität und das Zusammenleben in Deutschland: Welche Werte verbinden uns? Wie kann eine gemeinsame Zukunft gestaltet werden? Gibt es ein Nebeneinander oder ein Miteinander?

Geplant sind prozessorientierte-, interaktive und teilnehmerbezogene Einheiten, fachlicher Input und vertiefte Nachbesprechung der Übungen und ihrer Inhalte. Die Fachstelle des Projekts NRWeltoffen, welche beim Kommunalen Integrationszentrum angesiedelt ist, wird hierfür im Jahr 2020 drei aufeinander aufbauende modulare Workshops anbieten und greift bei der Akquise von Teilnehmer\*innen auf das bereits bestehende Bielefelder Netzwerk Migrantenorganisation zurück. Die Workshops werden aus den Mitteln des Projekts NRWeltoffen finanziert.

### 3. Maßnahme Nr. 2 aus dem Handlungsfeld *Arbeitswelt*:

*„Die interkulturelle Öffnung ist weiterhin durch die Umsetzung des aktuellen Integrationskonzeptes eine zentrale Zielsetzung für die Stadt Bielefeld. Auch künftig werden in diesem Bereich Schulungen angeboten. Bei Bedarf sollen in diesem Zusammenhang Antidiskriminierungstrainings, Fortbildungen und Workshops zu den Themen Alltagsrassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sukzessive für alle Beschäftigtengruppen angeboten werden.“*

Die unter der Federführung des Personalamts gegründete „Arbeitsgruppe Umgang mit Diskriminierung“ setzt sich bereits in Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsstelle, dem Kommunalen Integrationszentrum und dem Personalrat mit der Thematik inhaltlich auseinander. Der Umgang mit Diskriminierung in der Verwaltung ist eine Leitungsaufgabe. Bei der Konkretisierung der oben genannten Maßnahme geht es um ein mögliches Angebot für Führungskräfte der Stadt Bielefeld in den Themengebieten Alltagsrassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Kooperation mit dem Personalamt und den weiteren Beschwerdestellen der Stadtverwaltung. Innerhalb der Arbeitsgruppe soll abgestimmt werden, ob hier ebenfalls prozessorientierte-, interaktive und teilnehmerbezogene Einheiten eingebaut werden können. Ein fachlicher Input sowie vertiefte Nachbesprechung der Übungen und ihrer Inhalte sollten bei der Gestaltung des Angebots ebenfalls berücksichtigt werden.

#### 4. Maßnahme Nr. 3 aus dem Handlungsfeld *Stadtteile*:

*„Um den Kontakt unter Quartiersbewohner\*innen zu fördern, werden Stadtteulfeste vermehrt veranstaltet und mit einem Kulturprogramm angereichert, welches das Diskriminierungsfreie Miteinander fördert.“*

Die inhaltliche Gestaltung von Stadtteulfesten orientiert sich primär an der jeweiligen Zusammensetzung der Quartiersbewohner\*innen und ist quartiersbezogen zu gestalten. Jedoch sollen bewährte sowie neue inklusive Formate als Best-Practice-Beispiele auch als flächendeckende Projekte sukzessive auf weitere übertragen werden. Hier wird das Kommunale Integrationszentrum mit dem Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention, Stadtteilkoordination und lokalen Akteur\*innen bedarfsorientiert planen. Die Umsetzung erfolgt durch die Stadtteil- Akteur\*innen, voraussichtlich finanziert aus den Mitteln des Teilhabefonds.

#### 5. Maßnahme Nr. 4 aus dem Handlungsfeld *Politische Bildung*:

*„Ein strukturell etabliertes Peer-Education-Team zur Gedenkstättenarbeit in Bielefeld wird initiiert. Die Erinnerungskultur für Jugendliche und Erwachsene wird gepflegt und ausgebaut.“*

Für die Etablierung eines strukturell verankerten Peer-Education-Teams werden bereits Sondierungsgespräche mit städtischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vereinen geführt. Perspektivisch soll gemeinsam an einer Umsetzung gearbeitet werden.